



An den Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal Herrn Peter Jung Rathaus Johannes-Rau-Platz 1 42275 Wuppertal

SPD-Fraktion Ulf Klebert klebert@spdrat.de

Tel. 0202 563 6510

CDU-Fraktion Patric Mertins

Patric.Mertins@cdu-fraktion-wuppertal.de

Tel. 0202 563 6818

Änderungsantrag

Datum 12.12.2014

Drucks. Nr. VO/0968/14

öffentlich

Zur Sitzung am

Gremium

15.12.2014

Rat der Stadt Wuppertal

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU zur VO/0942/14 'Der Bund bleibt weiter in der Pflicht' Antrag zur Tagesordnung, Tagesordnungspunkt 4.6

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD beantragen, der Rat der Stadt Wuppertal möge anstelle des Punktes 1) des Antrages VO/0942/14 beschließen und an den Bund appellieren, dass:

- der Bund die im Koalitionsvertrag zugesagten Kosten für die Eingliederungshilfe mit 1 Milliarde Euro pro Jahr umgehend den Kommunen zur Verfügung stellen möge.
- der Bund noch in dieser Legislaturperiode die Entlastung der Städte, Gemeinden und Kreise im Umfang von 5 Milliarden Euro jährlich schnellstmöglich umsetzen solle.

Die Punkte 2), 3) und 4) des Antrages VO/0942/14 werden vom Rat der Stadt Wuppertal unverändert beschlossen

Mit freundlichen Grüßen

gez.

gez. Klaus Jürgen Reese

SPD-Fraktionsvorsitzender

Michael Müller

CDU-Fraktionsvorsitzender